

Frankreich vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft

Innenpolitische Herausforderungen, europapolitische Chance

Am 1. Juli übernimmt Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft. Die französische Regierung hat sich ambitionierte Ziele gesteckt; für den französischen Präsidenten bedeuten die nächsten sechs Monate die größte politische Herausforderung seines zweiten Amtsjahrs. Gleichermaßen steht Nicolas Sarkozy aufgrund seines Popularitätstiefs innenpolitisch unter Druck, die nächste Etappe seines wirtschafts- und sozialpolitischen Reformprogramms erfolgreich umzusetzen. Eine umstrittene Verfassungsreform steht bevor. Außenpolitisch verstetigt sich die Abkehr von der Politik seines Vorgängers.

Im Folgenden werden die innenpolitischen Reformmaßnahmen der französischen Regierung und aktuelle außenpolitische Entwicklungen sowie die Schwerpunkte der französischen EU-Ratspräsidentschaft dargestellt. Abschließend wird der Versuch unternommen, alternative Zukunftsprojektionen aufzuzeigen.

Bilanz und Perspektiven des innenpolitischen Reformprogramms

„rupture“ – den Bruch mit der Vergangenheit, hatte Nicolas Sarkozy seinen Wählern mit seinem Amtsantritt versprochen. Dazu gehörte auch ein umfassend angelegtes innenpolitisches Reformprogramm, das vor allem die Kaufkraft des Einzelnen stärken sollte. Gemäß seines Prinzips, zahlreiche wirtschafts- und sozialpolitische Reformen gleichzeitig durchführen zu wollen, wurden viele Reformbaustellen eröffnet, eine klare wirtschaftspolitische Linie fehlt bislang.

Die erste Reformphase begann mit zahlreichen Steuergeschenken – Senkung der Erbschaftssteuer, Abgabenbefreiung für Überstunden und Gewährung von Steuervorteilen für Eigenheimbesitzer. Hinzu kamen die Universitätsreform, die Verschärfung des Strafrechts sowie die Abschaffung der Rentenprivilegien für bestimmte Berufsgruppen und die Lockerung der 35-Stunden-Woche. Inzwischen haben sich allerdings die Konjunkturaussichten geschmälert und die Regierung musste ihre Wachstumsprognose senken. Eine erste Bestandsaufnahme der Abgabenbefreiung der Überstunden zur Stimulierung von Mehrarbeit und Wachstum zeigt, dass die Maßnahme den Staat mehr kostet, als sie den Beschäftigten an zusätzlicher Kaufkraft einbringt.¹

Die Senkung des Haushaltsdefizits gehört nunmehr zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten – umfassende Einsparungen in den Bereichen Wohnungsbauförderung, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Haushaltstskonsolidierung werden angestrebt.

In einer zweiten Reformetappe stehen Strukturreformen im Staatsapparat und in den Sozialversicherungen im Mittelpunkt. Dazu gehört der Personalabbau im öffentlichen Dienst, der konkret auf einen Stellenabbau von 23000 Beamtenstellen in diesem Jahr und weiteren 35000 Stellen in 2009 zielt. Prinzipiell soll im Staatsapparat nur noch jeder zweite Beamte, der in Ruhestand geht, ersetzt werden. Kürzungen sind auch

¹ C.f. Le Monde, 10. April 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO FRANK-
REICH**

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

10. Juni 2008

www.kas.de

www.kas-paris.fr

bei den Sozialversicherungen und den staatlichen Hilfen für Sozialwohnungen geplant. Hinzu kommen Überlegungen, die zentralstaatlichen Zuwendungen für die Regionen und Gemeinden zu senken. An der Rentenreform, der Erhöhung der Beitragsjahre von 40 auf 41 Jahre, soll festgehalten werden.

Das „Gesetz zur Modernisierung der Wirtschaft“² will vor allem den Wettbewerb stärken, um so die Reduzierung der Preise zu erzielen – das Aushandeln von Preisen zwischen Supermärkten und Lieferanten sowie die freie Niederlassung von großen Supermärkten wird angestrebt. Zu einer spektakulären Kehrtwendung Sarkozys in Bezug auf die 35-Stundenwoche kam es in einem vielbeachteten Rundfunkinterview vom 27. Mai bei RTL:³ „es werde stets eine offizielle Wochenarbeitszeit von 35 Stunden geben“ so Sarkozy und wies Forderungen aus seiner eigenen Partei nach einer Abschaffung zurück (im Wahlkampf hatte er die 35-Stunden Woche noch als das größte Dilemma Frankreichs bezeichnet); Lockerungen indes sollen weiterhin angestrebt werden. In diesem Zusammenhang plädierte er für ein Festhalten an 41 Beitragsjahren für die Rente, wies aber die Forderung der Präsidentin des Unternehmerverbandes Medef zurück, das Renteneintrittsalter auf 63 Jahre zu erhöhen. Für den Verzicht auf die Erhöhung der TV-Gebühren sprach Sarkozy sich ebenfalls aus.

Verfassungsreform⁴: Anfang Juni hat die französische Nationalversammlung die von Präsident Sarkozy initiierte Verfassungsreform mit 315 zu 231 Stimmen in erster Lesung gebilligt. Dennoch bleibt die Umsetzung fraglich, angesichts eines geschlossenen Nein-Votums der Sozialisten. Für die Annahme der Reform ist zunächst die Billigung durch den Senat am 17. Juni und anschließend eine Dreifünftel-Mehrheit im Kongress (Zusammenkunft beider Parlamentskammern in Versailles) Ende Juli notwendig.

² C.f. loi de modernisation de l'économie, Quelle: Homepage Premierministeramt

³ C.f. Homepage Elysee

⁴ C.f. Homepage Assemblée Nationale und Premierministeramt

Die wichtigsten Inhalte der Verfassungsreform sind: Der Staatspräsident bleibt weiterhin zentrale Instanz der Staatsmacht, aber Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei aufeinanderfolgende Mandate; Rederecht für den Staatspräsidenten vor beiden Kammern des Parlaments; Einschränkung der Anwendung des Artikels 49.3, der die Verabschiedung von Gesetzen ohne Zustimmung des Parlaments ermöglicht; Stärkung der Rechte des Parlaments: hatte bislang die Regierung das Vorrecht, die Tagesordnung der Nationalversammlung festzulegen, können nun beide Kammern Einfluß auf die Tagesordnung nehmen. Auch Gesetzesinitiativen sollen nicht länger exklusives Recht der Regierung sein. Hinzu kommt die neue Bestimmung, dass Militärinterventionen französischer Streitkräfte im Ausland nach vier Monaten der Zustimmung des Parlaments bedürfen. Die Vorlage enthält auch eine alte Forderung der Linken – die Stärkung der Bürgerrechte, beispielsweise durch Anrufung des Verfassungsgerichts.

Die primäre Forderung der Sozialisten bezog sich allerdings auf eine Abänderung des jetzigen, die Rechte privilegierenden Wahlmodus für den Senat (dort hält das bürgerlich Lager seit Bestehen der V. Republik eine Mehrheit). Trotz dieser Forderung, die streng juristisch genommen, nicht in die Verfassungsdiskussion gehört, sondern in die Wahlgesetzdiskussion, stellt sich die Frage, ob die Sozialisten ihre Nein-Haltung aufrecht erhalten und vor allem legitimieren können. Aller Machtbefugnisse des französischen Staatspräsidenten zum Trotz sind die Begrenzung der Präsidentschafts-Mandate, die Stärkung der Rechte des Parlaments und der einzelnen Bürger, Reformen, die einen echten Zuwachs an Volkssouveränität darstellen.

Allerdings war die Verfassungsreform auch im Regierungslager nicht unumstritten. Das ursprüngliche Vorhaben, die vor drei Jahren im Vorfeld des Referendums zur Europäischen Verfassung eingeführte Verfassungsklausel über eine obligatorische Volksabstimmung zur Ratifizierung jeder neuen EU-Erweiterung ersatzlos zu streichen, konnte angesichts des heftigen Widerstandes im

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO FRANK-
REICH**

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

10. Juni 2008

www.kas.de

www.kas-paris.fr

Regierungslager nicht verwirklicht werden; Gegner des Türkeibeitritts aus den Reihen der UMP drängten den Präsidenten, dass Erweiterungen weiterhin einem Referendum unterliegen müssen. Die Kompromissformel beinhaltet nunmehr, dass der EU-Beitritt eines Staates dann der Referendumspflicht unterliegt, sofern die Bevölkerung des Beitrittskandidaten mehr als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union umfasst.

Aktuelle außenpolitische Entwicklungen

Außenpolitisch sind seit dem Amtsantritt von Nicolas Sarkozy einige grundlegende Veränderungen – inhaltlich und methodisch – gegenüber seinem Vorgänger festzustellen, die sich auch im Vorfeld der EU-Ratspräsidentschaft bestätigen: die Wiederannäherung an die USA, die striktere Haltung gegenüber dem Iran und die Erhöhung der Truppenstärke in Afghanistan, die angekündigte Rückführung Frankreichs in die integrierten militärischen Strukturen der NATO komplementär zum Ausbau der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik), die Mittelmeerinitiative sowie die mediale Inszenierung komplizierter außenpolitischer Dossiers (beispielsweise die Befreiung der bulgarischen Krankenschwestern aus Libyen oder die Bemühungen um die Befreiung von Ingrid Bétancourt).

In Bezug auf China und die kommenden olympischen Spiele konnte in den letzten Monaten eine ambivalente Haltung der französischen Regierung beobachtet werden. Staatspräsident Sarkozy will sich als künftiger EU-Ratspräsident die Optionen offen halten.

In den französisch-russischen Beziehungen zeichnet sich eine Demonstration der Machtkontinuität ab. Beim Besuch von Russlands Regierungschef Putin Ende Mai in Paris, der nach wie vor mit präsidialen Ehren empfangen wurde, sind eine Steigerung des Handelsaustausches mit Russland und eine verstärkte Zusammenarbeit im Energiebereich vereinbart worden.⁵ Putin hob

während seines Besuchs auch die hohen Erwartungen hervor, die Russland in die künftige „strategische Partnerschaft“ mit der EU setzt, deren Ausarbeitung unter französischer Ratspräsidentschaft vorangetrieben werden solle.

Unmittelbar zuvor hatte Sarkozy in Polen um die Unterstützung Polens für den Erfolg der französischen EU-Ratspräsidentschaft geworben und den Beginn einer „strategischen Partnerschaft“ ins Leben gerufen.⁶ Bei einem Treffen mit dem polnischen Regierungschef Donal Tusk wurde ein polnisch-französisches Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, das eine enge, auch außenpolitische Zusammenarbeit einleiten soll. Eine „strategische Partnerschaft“ ist ebenfalls mit der Tschechischen Republik vorgesehen und eine „ambitionierte Partnerschaft“ mit der Ukraine wurde angekündigt – ohne allerdings näher zu definieren, ob damit ein Assoziierungsabkommen oder eine „privilegierte Partnerschaft“ gemeint seien. Im Rahmen seines Polen-Besuchs kündigte Sarkozy ebenfalls die Öffnung des französischen Arbeitsmarktes für EU-Bürger aus Ost- und Mitteleuropa ab dem 1. Juli an – exakt zum Auftakt der französischen EU-Ratspräsidentschaft und ein halbes Jahr früher als geplant. Mitte Juli wird der französische Präsident auch mit den Staats- und Regierungschefs der Visegrád-Staaten zusammentreffen. Damit will Frankreich ein Zeichen setzen, dass die beabsichtigte Mittelmeerunion nicht auf Kosten der osteuropäischen Partner gehe. Der französische Außenminister Kouchner spricht von einer gleichzeitigen Ost- und Südorientierung. Ob damit aber tatsächlich dem Eindruck eines exklusiven Bilateralismus zwischen Paris und Moskau entgegengewirkt werden konnte, bleibt abzuwarten. De facto will sich Sarkozy mit diesem Werben um die östlichen Partner die Unterstützung seiner Ratspräsidentschaftsprojekte sichern und Deutschland die östlichen EU-Staaten nicht gänzlich als Einflusssphäre überlassen – zumal die Mittelmeerinitiative stetig an französischer Einflussnahme verliert.

⁵ C.f. Le Monde, 31.5.2008

⁶ C.f. Le Monde, 30.5.2008

Die Prioritäten der französischen EU-Ratspräsidentschaft⁷

Die französische Ratspräsidentschaft erfolgt in einer besonderen Übergangsphase für die Europäische Union: Einerseits befindet sich der Vertrag von Lissabon in der Ratifizierungsphase und soll nach erfolgreicher Ratifizierung zum 1. Januar (unmittelbar nach Beendigung der französischen Ratspräsidentschaft) in Kraft treten. Zum anderen wird der europäische Terminplan von der Erneuerung der europäischen Institutionen im Jahre 2009 bestimmt, das bedeutet, dass unter französischem Vorsitz die gesetzgeberische Agenda besonders umfangreich sein wird und der interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Rat und Parlament besonderes Augenmerk gelten muss. Zudem stehen in 2009 Europawahlen bevor.

Frankreich hat sich für das zweite Halbjahr 2008 vier Prioritäten gesetzt:

1. Europäische Energie- und Klimapolitik:

Unter französischer Präsidentschaft soll über das europäische Energie- und Klimapaket zu einer politischen Einigung gelangt werden. Darüber hinaus wird die französische Ratspräsidentschaft Vorschläge zum Thema Energiesicherheit machen, die neben der Europäischen Union auch deren Beziehungen zu den wichtigsten Partnern, insbesondere Russland berühren. Frankreich beabsichtigt, während seiner Präsidentschaft, die zivile Nutzung der Kernkraft voranzutreiben. Die französische Ratspräsidentschaft erhebt den Anspruch, Europa zu einem weltweiten Vorbild im Bereich der Umweltpolitik zu machen, mit dem Ziel, ein Europa der nachhaltigen Entwicklung und der Innovation zu schaffen mit den konkreten Vorgaben im Kampf gegen den Klimawandel.

2. Europäische Integrations- und Immigrationspolitik:

Die französische Präsidentschaft strebt die Unterzeichnung politischer Verpflichtungen in Form eines vom Europäi-

schen Rat verabschiedeten „Europäischen Pakts über Immigration und Asyl“ an. Der französische Entwurf dieses Pakts basiert auf der Prämisse, dass der Migrationsdruck „wegen der sozialen und internationalen Realitäten“ weiter zunehme und daher die Grenzkontrollen verschärft und illegale Einwanderer „effektiver“ abgeschoben werden müssten.⁸ Für legale Einwanderung müssten härtere Auflagen gelten – hier regt Paris einen „Integrationsvertrag“⁹ an – und zur Verschärfung der Abschiebepraxis Rückführungsabkommen mit Drittstaaten und EU-Nachbarländern. Unter französischem EU-Vorsitz soll die europäische Grenzschutzagentur Frontex aufgewertet werden.¹⁰ In einem „Europa des Asyls“ sollen innerhalb von fünf Jahren „eine einzige Institution, ein Verfahren und ein Kriterienkatalog“ geschaffen werden, um Anträge auf Asyl oder Anerkennung als Flüchtling bearbeiten zu lassen. Paris will dazu schon im nächsten Jahr ein „Unterstützungsbüro“ in Brüssel einrichten lassen.

3. Europäische Sicherheit und Verteidigung: Ziel ist die Aktualisierung der Europäischen Sicherheitsstrategie, um der seit 2003 erfolgten Erweiterung der Union und den neuen Bedrohungen – beispielsweise im Bereich Ernährungssicherheit, Energiesicherheit, Proliferationsbekämpfung und Cyber Defense – Rechnung zu tragen. Nach französischer Auffassung macht die deutlich wachsende Zahl von Krisen den Ausbau der militärischen und zivilen Fähigkeiten erforderlich. Die Stärkung der ESVP unter französischem Vorsitz wird in Komplementarität

⁸ C.f. pacte européen pour l'immigration, Homepage UMP.

⁹ Zu dem vorgeschlagenen „Integrationsvertrag“ gehört die Pflicht des Einwanderers, die Sprache seines Gastlandes sowie die nationalen und europäischen Werte zu erlernen. Zu letzteren wird unter anderem die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Toleranz und die Schulpflicht gezählt. Schon vor der Einreise nach Europa sollen systematisch Sprachkurse besucht und Tests der beruflichen Fähigkeiten abgelegt werden.

¹⁰ Die französische Regierung regt diesbezüglich an, zwei Kommandos bei der EU-Grenzschutzagentur Frontex zu schaffen, eines für Osteuropa und eines für die Seegrenzen im Süden.

⁷ C.f. im folgenden die Erklärung von Jean-Pierre Jouyet bei der Konferenz der Ausschussvorsitzenden des Europäischen Parlaments, 20. Mai 2008, Quelle: französisches Außenministerium.

zur NATO erfolgen. Frankreich möchte das Europa der Verteidigung wiederbeleben und das Einsatzfeld der mobilen EU-Kampftruppen erweitern.¹¹

4. Gemeinsame europäische Agrarpolitik:

Unter französischer Präsidentschaft gilt es, gemeinsame Prinzipien für die Zukunft der GAP herauszuarbeiten – beispielsweise Korrektur der globalen Ungleichgewichte in der Nahrungsversorgung, Umwelt, territoriale Ausgewogenheit, Nahrungsqualität.

Neben diesen vier Prioritäten gehört es zu den Zielen der französischen Präsidentschaft, die Grundsätze Transparenz und Verantwortlichkeit der Finanzakteure voranzutreiben (vor dem Hintergrund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten seit dem letzten Sommer). Darüber hinaus stehen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und insbesondere der KMU in Europa auf der Agenda (vgl. Vorschläge der Kommission zum Small Business Act). Frankreich will ferner die „soziale Dimension“ im Handeln der Union und die Mobilität – insbesondere im Zusammenhang mit Bildung, die Forschungspolitik und die „kulturelle Dimension“ Europas in den Mittelpunkt der Bemühungen stellen.

Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer Ziel der Präsidentschaft ist es – so die offizielle französische Stellungnahme - dem Barcelona-Prozess neuen Schwung zu verleihen. Der am 13. Juli in Paris stattfindende Mittelmeer-Gipfel soll die Auftaktveranstaltung zur Entwicklung konkreter Projekte mit regionalem Anspruch sein, bei denen die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis mit den Staaten des südlichen Mittelmeeres zusammenarbeiten.

Die Mittelmeerinitiative des französischen Staatspräsidenten hatte im Vorfeld für Irritationen und Unstimmigkeiten innerhalb der EU gesorgt, die zu Beginn - ohne vorherige Absprache mit den anderen EU-Partnern - als Projekt der Mittelmearanrainer unter französischer Führung geplant war. Erst

durch Intervention von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es gelungen, Nicolas Sarkozy zum Einlenken gegenüber seiner ursprünglichen Idee einer eigenständigen Mittelmeerunion außerhalb bzw. neben der EU zu bewegen. Daraufhin konnten sich die Staats- und Regierungschefs der EU im März dieses Jahres auf die institutionellen Eckpfeiler der inzwischen in „Union für das Mittelmeer“ (UMM) umbenannten Initiative einigen.¹² Wichtigste Neuerung gegenüber dem Barcelona- Prozess ist die neue Führungsstruktur auf Vorschlag Frankreichs und Deutschlands. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und den nicht-europäischen Mittelmeerstaaten soll künftig von zwei Direktoren mit einem 20-köpfigen Sekretariat koordiniert werden. Die Doppelspitze soll je aus einem Vertreter der EU und einem Repräsentanten der nicht-europäischen Mittelmeerstaaten gebildet werden, die jeweils auf zwei Jahre berufen werde. Das Kommissionspapier zu UMM vom 21. Mai scheint den französischen Charakter des Projekts begrenzen zu wollen. Danach soll Sarkozy nicht wie geplant für zwei Jahre, sondern nur für die sechs Monate seiner EU-Ratspräsidentschaft die Co-Präsidentschaft für die UMM innehaben, bevor sie nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags an den Kommissionspräsidenten übergeht.¹³

Fazit und Zukunftsprojektionen

Ein Jahr ist zu kurz, um die Erfolge des Reformprogramms zu messen. Aber Nicolas Sarkozy selbst war derjenige, der die Maßstäbe gesetzt hat und vor gut einem Jahr angekündigte hatte, schnelle Resultate innerhalb seines ersten Regierungsjahres vorweisen zu können - mit Hilfe der gleichzeitigen Initierung einer Vielzahl an Wirtschafts- und Sozialreformen. Er war es auch, der im Wahlkampf als der „Präsident der Kaufkraft“ angetreten ist. Sein hyperaktiver Führungsstil lässt Premierminister Fillon, dem eigentlichen Regierungschef, kaum Spielraum, führt aber auch dazu, dass der Präsident selbst in die Schusslinie der Kritik

¹¹ C.f. Verteidigungsminister Hervé Morin in Le Figaro, 27. Mai 2008.

¹² C.f Julia Lieb/Andreas Maurer „Der Europäische Auswärtige Dienst“, SWP-Aktuell 35, Mai 2008.

¹³ C.f. NZZ, 21.5.2008

gerät – seine Sympathiewerte in der Bevölkerung sind stark gesunken.

Die erste Euphorie der Bevölkerung ist einer gewissen Ernüchterung gewichen, dennoch sind die Erwartungen an Nicolas Sarkozy und seine Regierungsmannschaft weiterhin groß. De facto müssen im zweiten Amtsjahr die wirtschafts- und steuerpolitischen Fehler aus dem ersten Jahr korrigiert werden. Das wird das für Juni vorgesehene Wirtschaftsmodernisierungsgesetz mit seiner Angebotsorientierung belegen. Ob der Präsident sein derzeitiges Popularitätstief und zunehmende Streiks als Anlass für einen Wechsel im Regierungsstil nimmt, bleibt fraglich. Wenn es allerdings gelingt, dem Reformprogramm eine klare Richtung zu geben und die Reformbaustellen zu zentrieren, im Sinne einer Hierarchisierung der Reformpläne, sind langfristig Erfolge erreichbar. Dies allerdings nur, wenn es Sarkozy darüber hinaus erreicht, seine eigene politische Mehrheit zusammenzuschweißen und sich mit seinem Premierminister solidarisch zu zeigen. Seine Politik der „Ouverture“ (der politischen Öffnung für das linke Lager) hat zu Missstimmung in der eigenen Partei geführt, die nach wie vor anhält. Im Moment kann der Staatspräsident noch von den innerparteilichen Zwistigkeiten der Sozialisten profitieren, doch auch die UMP bedarf des Zusammenhalts. Nachdem Sarkozy zum Jahrestag seines Wahlsieges der Festveranstaltung der UMP – der Partei, die in zum Sieg geführt hat – ferngeblieben ist, gibt es erste Indikatoren, die auf das Bemühen um eine stärkere Einbindung der Parteibasis schließen lassen. Darüber hinaus findet das Treffen der Internationalen Demokratischen Union Ende Juni in Paris statt, zu dem außerdem eine Reihe ausländischer Staats- und Regierungschefs erwartet wird, gefolgt vom CDI (Christlich-Demokratische Internationale)- Kongress. Schließlich wird Nicolas Sarkozy am 5. Juli beim UMP-Conseil National - unmittelbar nach der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft – auftreten.

Die Grundsatzfrage im Vorfeld der französischen EU-Ratspräsidentschaft, und deren Antwort maßgeblich über Erfolg oder Misserfolg dieser Ratspräsidentschaft entscheiden wird, lautet:

Wird Frankreich den EU-Vorsitz zur Stärkung der EU in den genannten thematischen Prioritäten – inklusive der Mittelmeerinitiative - oder zu Stärkung der französischen Position innerhalb der EU nutzen wollen?

Die Mahnung der EU-Kommission aus Brüssel an Frankreich Ende Mai, das steigende Haushaltsdefizit zu senken und die Staatsfinanzen unter Kontrolle zu bringen, scheint die französische Regierung ernst zu nehmen. Um den EU-Vorsitz nicht durch einen Defizitstreit mit Brüssel zu belasten, ließ diese in den Entwurf für die geplante Verfassungsreform einen Passus zur Defizitbekämpfung aufnehmen.¹⁴

Die französische EU-Ratspräsidentschaft wird dann erfolgreich sein, wenn es der französischen Regierung gelingt, ihre nationalen Belange in den Hintergrund zu stellen und in zentralen Fragen einen Grundkonsens mit den anderen großen EU-Mitgliedsländern – insbesondere Deutschland – herzuführen. In Bezug auf die Union für das Mittelmeer ist es gelungen, den Dissens mit Deutschland beizulegen. Hinzu kommt, dass im Vorfeld der Ratspräsidentschaft deutsch-französische Arbeitsgruppen gebildet wurden, um die o.g. Kernthemen der französischen Ratspräsidentschaft vorzubereiten.¹⁵

Im Rahmen der Laudatio von Nicolas Sarkozy an Frau Merkel anlässlich der Karlspreisverleihung hat der französische Staatspräsident bekundet, „dass Frankreich mit dem EU-Vorsitz nicht für sich selbst, sondern für Europa arbeiten werde, da es die Verpflichtung einer EU-Ratspräsidentschaft sei, für Europa zu arbeiten und nicht für das Land, das gerade den Vorsitz innehat“¹⁶. Wenn dies keine bloße Absichtserklärung war und er sich an seine eigenen Vorgaben hält, ist ein wichtiger Schritt im Hinblick auf den Erfolg der französischen Präsidentschaft gemacht – eine mögliche Chance für Europa!

¹⁴ C.f. Handelsblatt, 25. Mai 2008

¹⁵ C.f. Handelsblatt, 4. März 2008

¹⁶ C.f. Rede von Nicolas Sarkozy anlässlich der Karlspreisverleihung in Aachen, 1. Mai 2008, Quelle: Elysee-Veröffentlichungen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO FRANK-
REICH**

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

10. Juni 2008

www.kas.de

www.kas-paris.fr

Die Unterstützung der Bundesregierung war Sarkozy mehrfach übermittelt worden:

„Frankreich hat Deutschland während seiner Präsidentschaft sehr unterstützt. Ich möchte Dir heute sagen: Wenn Frankreich in der zweiten Hälfte dieses Jahres die europäische Präsidentschaft innehaben wird, dann wird Deutschland auch Frankreichs Arbeit zum Wohle Europas aus ganzem Herzen unterstützen“, so die Bundeskanzlerin in ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises.¹⁷

Bei dem jüngsten deutsch-französischen Ministerrat in Straubing haben sich Deutschland und Frankreich über Grundzüge für die Beschränkung des CO2-Ausstosses bei Neuwagen verständigt.¹⁸ Die deutsch-französische Einigung ist ein wichtiger Durchbruch für die europäischen Klimaschutzvorgaben. Beide Partner haben Geschlossenheit demonstriert und gleichermaßen Handlungsfähigkeit bewiesen, Europa voranzubringen und die Weichen für eine Verständigung unter französischer Ratspräsidentschaft gestellt.

Am 12. Juni entscheidet Irland als einziges Land in einem Referendum über den neuen EU-Vertrag. Der Reformvertrag soll Anfang 2009 in Kraft treten – ein wichtiges Ziel, das Frankreich in den nächsten Monaten vor Augen haben wird. Bei Nicht-Ratifizierung des Vertrages durch Irland erschwert sich die Ausgangslage für die französische EU-Ratspräsidentschaft noch bevor sie überhaupt begonnen hat. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy haben sich in Straubing – unabhängig vom Ausgang des Referendums in Irland – auf eine gemeinsame Initiative verständigt.¹⁹



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon: +33- 1 56 69 15 00
Telefax: +33- 1 59 69 15 01
Mail: kas@kas-paris.fr
www.kas-paris.fr

¹⁷ C.f. Rede der Bundeskanzlerin in Bundesregierung online, 1. Mai 2008.

¹⁸ C.f. Le Figaro, 10. Juni 2008

¹⁹ C.f. ibid.